

Bischof Tadeusz Pieronek

Die Katholische Kirche im postkommunistischen Transformationsprozeß Polens aus der Sicht eines Bischofs

1. Die polnische Gesellschaft ist Zeuge großer Umgestaltungen, die sich nach 1989 in unserem Lande auf allen Lebensgebieten vollzogen haben. Am vielleicht sichtbarsten war der Wandel des politischen Systems, das nach einer ideologischen Einparteiendiktatur mit Mühe versucht, die Demokratie aufzubauen, aber es gab auch bedeutende Transformationen in der Wirtschaft, bei der Schaffung einer Zivilgesellschaft und im Bereich der Kultur. Auch die Katholische Kirche mußte sich – zwar nicht in Bezug auf die wesentlichen Grundsätze und die von ihr verkündeten Wahrheiten, aber in ihren Verwaltungsstrukturen, in den Methoden der Seelsorgsarbeit – den veränderten Bedingungen anpassen, darüber hinaus stand sie plötzlich vor einer Vielzahl ganz neuer Probleme, die sich vor allem aus der wiedergewonnenen Freiheit, aus der Demokratie und dem mit ihr zusammenhängenden Pluralismus, aus den schnellen Veränderungen in Sitten und Bräuchen im Gefolge der Transformationen in der Gesellschaft, also aus der neuen Massenkultur ergaben. Nicht alles das trat auf einmal zutage, denn wir haben es mit einem Prozeß von Veränderungen zu tun, der noch längere Zeit andauern wird. Es scheint, die veränderte Situation der Kirche in Polen – als unabdingbare Voraussetzung ihrer inneren Veränderungen - begann mit der Wiedererlangung der Religionsfreiheit, aber es brauchte Zeit, damit diese Freiheit die unerläßlichen verfassungsmäßigen Garantien erlangte und in die Praxis des Alltagslebens Eingang fand. Solche Garantien tauchten in der vom Parlament 1991 vorgenommenen Novellierung der alten Verfassung der Volksrepublik Polen von 1952 und danach in der neuen Verfassung der Republik Polen von 1997 auf.

Aus der Sicht eines Bischofs ist es das Wichtigste, daß der Kirche die Möglichkeit gewährleistet wird, ihre Mission der Evangelisierung zu erfüllen. Die Kirche braucht Handlungsraum in der Freiheit, sie braucht die Möglichkeit, den einzelnen Menschen und der Gesellschaft die evangelische Botschaft darzulegen. Man kann ohne die Spur eines Zweifels sagen, daß alle Veränderungen, die in der Kirche in Polen nach dem Umbruch von 1989 erfolgten, ihren Ursprung in der wiedergewonnenen Freiheit haben. Von diesen Veränderungen gibt es so viele, daß man sie nicht alle darstellen kann, und deshalb habe ich mir erlaubt, jene Dinge auszuwählen, die in irgendeiner Weise die

Größe und Dynamik der vollzogenen und sich vollziehenden Wandlungen beleuchten.

2. Nach einer nahezu fünfzigjährigen Periode der Isolierung von Rom, einer Isolierung, die seit dem II. Vatikanischen Konzil von Jahr zu Jahr schwächer wurde, bestand das dringende Bedürfnis, offizielle diplomatische Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl anzuknüpfen und das – durch Entscheidung der kommunistischen Behörden 1945 zerrissene – Konkordat zu unterschreiben. Bereits am 17. Juli 1989 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und dem Hl. Stuhl wiederaufgenommen – im Rang einer Apostolischen Nuntiatur von seiten des Hl. Stuhls und einer Botschaft von seiten der Volksrepublik Polen. Am 15. November 1989 überreichte der päpstliche Nuntius in Polen sein Beglaubigungsschreiben. An den Abschluß eines Konkordats dachten schon die kommunistischen Behörden, die in den 80er Jahren daran gingen, ein solches vorzubereiten. Der Text eines Konkordatsvorschlags von seiten des Staates wurde im April 1988, also noch zu Zeiten der Volksrepublik Polen, paraphiert. Am 17. Mai 1989, unmittelbar vor dem Sturz des kommunistischen Regimes, regelte der Sejm der Volksrepublik Polen zum ersten Mal gesetzlich die Gesamtheit der Beziehungen zwischen der Katholischen Kirche und dem Staat. Obwohl das Gesetz das Ergebnis zahlreicher Zugeständnisse an die Kirche darstellte, trug es jedoch den Stempel des totalitären Systems, und deshalb hatte der Abschluß eines Konkordats seinen Grund. Im Verlauf mehrerer Monate veränderte sich – nach Übernahme der Macht durch Regierungen der Solidarnosc-Bewegung – das bürgerliche Leben in Polen in radikaler Weise zum Besseren, und was sich 1989 nicht erreichen ließ, war jetzt eine selbstverständliche Forderung. Die Verhandlungen über das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und der Solidarnosc-Regierung dauerten drei Monate und zeitigten Früchte in Form von dessen Unterzeichnung am 28. Juli 1993.

Erst jetzt begann der wahre Leidensweg des Konkordats. Die postkommunistische Koalition aus dem Bündnis der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej = SLD) und der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe = PSL), die im September 1993 an die Macht gelangt war, blockierte erfolgreich – hauptsächlich mit Stimmen des SLD – seine Ratifizierung in den nächsten fünf Jahren. Dabei malte man vor der Gesellschaft die apokalyptische Vision eines kommenden, konkordatsgebundenen Polens, das ein intoleranter Konfessionsstaat mit der privilegierten Position der katholischen Kirche wäre. Die Argumente gegen das Abkommen mit dem Heiligen Stuhl erinnerten buchstäblich an die aggressiven Artikel, mit denen man die Kirche und die Religion in der kommunistischen Zeit angegriffen hatte. Trotzdem anerkannte die

– noch unter dieser Koalition angenommene – Verfassung die Möglichkeit, die Beziehungen zum Heiligen Stuhl mit Hilfe eines Konkordats zu regeln, und die Solidarnosc-Regierung, die 1997 die Macht wiedergewann, setzte dessen Ratifizierung durch. Das Konkordat trat im April 1999 in Kraft. Entgegen den pessimistischen Prognosen bewirkte das Konkordat nicht nur, daß auch andere religiöse Bekenntnisse aus den auf die Katholische Kirche angewandten Lösungen Nutzen zogen, sondern es reduzierte generell die Konfessionsprobleme in Polen und schuf ein System, das – dank der Berufung einer von Kirche und Regierung gebildeten Konkordatskommission – die laufende Lösung der sich auf diesem Gebiete ergebenden Konflikte gestattete.

3. Aus pastoralen Gründen war der Katholischen Kirche sehr daran gelegen, den Einfluß auf die Erziehung der jungen Generation wiederzugewinnen. Nach der Entfernung des Religionsunterrichts aus den Schulen durch die kommunistischen Behörden (1961) hatte es die Katholische Kirche zwar geschafft, ein ganzes System der Pfarrei-gebundenen Katechese zu schaffen, aber obwohl es für alle Kinder und für die Jugendlichen aus den Oberschulen offenstand, so war es dennoch aus verschiedenen Gründen (ideologischer Druck, Beschwerlichkeiten dieses Systems, das hauptsächlich in den Nachmittagsstunden funktionieren konnte und manchmal eine schwierige Anfahrt zur Kirche erforderte) nicht imstande, alle zu erreichen. Deshalb war eine der ersten kirchlichen Forderungen die Rückkehr des Religionsunterrichts in die öffentlichen Schulen. Dies zu erreichen, gelang schon zu Zeiten von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki im Jahre 1991.

Sowohl die Einführung des Religionsunterrichts in die Schulen als solche wie auch die Form ihrer Einführung führten zu einer ziemlich breiten Diskussion und zu Kritik sogar in katholischen Milieus, dennoch kamen ab 1991 – nach dem Prinzip völliger Freiwilligkeit – über 90% der Grundschulkinder und fast 70% der Oberschuljugend zum Religionsunterricht, dieser wurde also für eine größere Schicht zugänglich. Diese Operation bewirkte bedeutende Veränderungen in der Kirche selbst, und zwar dadurch, daß für den Religionsunterricht Laienkatecheten eingesetzt wurden, von denen bisher sehr wenige Diözesen – und das noch in geringem Umfang – Gebrauch gemacht hatten. Das führte zu einem ernsthaften Durchbruch im Rollenverständnis der Laien in der Kirche und in der Einstellung des Klerus zu ihnen, auch machte es die Notwendigkeit bewußt, daß die Laien auf diese Funktion in solider Weise vorbereitet werden müßten, und zwar dadurch, daß man neue Formen der Laienausbildung schuf und den Laien einen umfassenderen Zugang zum

Theologiestudium öffnen mußte. Die – bislang streng konfessionell gebundene – Katechese mußte auch in der Schule sich für Schüler öffnen, die auf der Suche waren und zweifelten, auch mußte sie weltliche Ziele berücksichtigen, wie sie in den Schulprogrammen festgelegt waren.

4. Die wiedergewonnene Freiheit machte es möglich, schnell eine neue Verwaltungsstruktur der Kirche in Polen zu schaffen. Sie war deshalb notwendig, weil die Verschiebung der Landesgrenzen von Ost nach West nach dem II. Weltkrieg die Einteilung in Diözesen und Kirchenprovinzen inaktuell gemacht hatte, wie sie unter Berücksichtigung der Vorkriegsgrenzen durch die Bulle Papst Pius XI. „Vixdum Poloniae unitas“ 1925 festgelegt worden war. Nicht nur Bischofssitze, sondern auch die Mehrheit des Territoriums der polnischen Ostbistümer befanden sich außerhalb der Landesgrenzen. In den West- und Nordgebieten, die im Ergebnis des Krieges an Polen gefallen waren, hatte man zwar 1972 eine kirchliche Verwaltung geschaffen, aber sie hatten mit den anderen polnischen Diözesen einen Mangel gemein, sie waren nämlich territorial zu groß und umfaßten zu viele Gläubige. Papst Johannes Paul II. schuf mit der Bulle „Totus Tuus Poloniae populus“ vom 25. März 1992 13 neue Diözesen und 8 neue Kirchenprovinzen. Anstelle der bestehenden 25 Diözesen und 5 Kirchenprovinzen besaß die Kirche in Polen jetzt 40 Diözesen und 13 Metropolen des lateinischen Ritus (darunter ein Ordinariat des Feldbischofs und eine unmittelbar dem Heiligen Stuhl unterstellte Erzdiözese). Zur gleichen Zeit schuf man eine Diözese des byzantinisch-ukrainischen Ritus. 1998 entstand eine Kirchenprovinz dieses Ritus, zu der zwei Diözesen gehören.

Die Reform der Verwaltungsstrukturen wurde von pastoralen Bedürfnissen diktiert und erforderte eine bedeutende organisatorische und finanzielle Anstrengung. Die neuen Diözesen mußten eine eigene Verwaltung aufbauen: Kurien, kirchliche Gerichte, geistliche Seminare. All das entstand in relativ kurzer Zeit und stellt in der Tat eine bedeutsame Hilfe für die Arbeit der Kirche dar. Nur eine der neuen Diözesen verfügt noch nicht über ein eigenes Seminar, aber die Heranbildung des notwendigen Kaders an Fachleuten, vor allem an Mitarbeitern der Kurien und des kirchlichen Gerichtswesens, insbesondere an Professoren für die geistlichen Seminare, wird noch viele Jahre dauern. Die Grenzen der neuen kirchlichen Strukturen sind nicht der staatlichen Verwaltungseinteilung angepaßt, aber dies führt weder zu Schwierigkeiten für die Arbeit der kirchlichen Verwaltung noch für die Seelsorge.

5. Im letzten Jahrzehnt sind wir Zeugen eines wiederentstehenden katholischen Schulwesens auf allen Ebenen, angefangen von den

Kindergärten über Grund- und Oberschulen bis zu den Hochschulen. Es zeigt sich, daß ein gesellschaftliches Bedürfnis für sie besteht, für gewöhnlich wegen des höheren Unterrichtsniveaus, aber auch deshalb, weil das nicht konfessionelle, sondern für alle offene Schulen sind. Das wichtigste Hindernis bei der Schaffung solcher Schulen ist der Geldmangel. Trotzdem schießen die von Ordensschwestern geführten Kindergärten wie Pilze aus der Erde, während die Zahl der Grund- und Oberschulen, von denen es 1989 200 gab (54 Grundschulen, 126 allgemeinbildende Gymnasien und 20 Berufsschulen), heute ungefähr 400 beträgt, und jedes Jahr entstehen neue. Das ist nicht viel, aber man muß im Bewußtsein haben, daß alles bei Null angefangen hat. Die von kirchlichen juristischen Personen gegründeten und geführten Schulen erhalten, wenn sie öffentliche Schulen sind, die volle Zuwendung vom Staat; wenn sie keine öffentlichen Schulen sind, aber die Rechte von öffentlichen Schulen haben, können sie eine Zuwendung von nicht unter 50% erhalten.

Von den Veränderungen in Polen profitierte insbesondere das kirchliche Hochschulwesen. Bis 1989 waren nur die Katholische Universität Lublin – als private Hochschule – und die Katholisch-Theologische Akademie in Warschau – als staatliche Hochschule – vom Staat anerkannt. Die geistlichen Seminare wurden praktisch als berufliche Schulen behandelt. Die theologischen Fakultäten gründeten auf kirchlichem Recht – in Krakau (bestätigt durch den Heiligen Stuhl im Jahre 1959), in Wroclaw/Breslau (ab 1968), in Poznan/Posen (ab 1969), in Warschau das „Bobolanum“ der Jesuiten (ab 1968) und in Krakau die Philosophische Fakultät der Jesuiten (ab 1985). 1981 errichtete Papst Johannes Paul II. mit der Bulle „Beata Hedvigis“ anstelle der bisherigen Päpstlichen Theologischen Fakultät in Krakau eine Hochschule mit drei Fakultäten – einer theologischen, einer philosophischen und einer kirchengeschichtlichen Fakultät – unter der Bezeichnung: Päpstliche Theologische Akademie in Krakau.

Die rechtliche Situation dieser Fakultäten (von denen drei: in Krakau, Wroclaw und Poznan 1974 den Titel „Päpstlich“ und die vierte, nämlich die Theologische Fakultät Johannes des Täufers in Warschau, diesen Titel 1985 erhielten) wurde erst am 30. Juni 1989 geregelt, und zwar durch ein besonderes Abkommen zwischen der Regierung der Volksrepublik Polen und der Polnischen Bischofskonferenz, die vom Heiligen Stuhl dazu bevollmächtigt worden war. Alle päpstlichen theologischen Fakultäten wurden als Rechtsperson nach dem Zivilrecht anerkannt, der Staat anerkannte im nachhinein alle wissenschaftlichen Grade und Titel an, die von diesen Fakultäten in der Vergangenheit verliehen wurden, und er erkennt das Recht

an, daß sie in Zukunft diese Grade und Titel verleihen. Eine Novellierung dieses Abkommens wurde am 1. Juli 1999 durch die Konkordatskommission vollzogen.

Für die kirchlichen Hochschulen begann eine sehr günstige Periode: 1996 entstand eine theologische Fakultät an einer staatlichen Hochschule, nämlich an der Universität Oppeln, 1999 entstanden theologische Fakultäten an der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznan/Posen und an der Ermländisch-Kujawischen Universität in Olsztyn/Allenstein. Im September 1999 wurde die Katholisch-Theologische Akademie in Warschau zur Kardinal-Stefan-Wyszynski-Universität in Warschau umgestaltet. In den nächsten Tagen entsteht, wie ich hoffe, die bereits von den kirchlichen Behörden errichtete theologische Fakultät an der staatlichen Schlesischen Universität in Katowice/Kattowitz. Andere theologische Studienzentren sind in der Warteschleife. Die ernsthafteste Schwierigkeit bei der Entwicklung des katholischen Hochschulnetzes sind diesmal nicht die fehlenden Gelder, sondern der Mangel an qualifiziertem wissenschaftlichem Personal. Die staatlichen Vorschriften, die eine hohe Zahl selbständiger wissenschaftlicher Mitarbeiter als Bedingung für die Schaffung einer neuen akademischen Schule verlangen, schützen auch die Kirche vor der Realisierung ungesunder Ambitionen, die an jenen Stellen zur Gründung neuer Hochschulen führen könnten, wo es für deren Niveau keine ausreichenden Garantien gibt.

6. Das totalitäre System war durch das Verbot gekennzeichnet, das es der Gesellschaft untersagte, sich frei zu organisieren. Kirchliche Vereinigungen und Organisationen wurden – als für den Staat gefährlich – bereits 1948 liquidiert. Erlaubt waren nur staatstragende Organisationen und Vereinigungen mit Massencharakter, die statutengemäß das bestehende politisch-gesellschaftliche System unterstützten. Als man in den neunziger Jahren die gesellschaftliche Initiative wiedererwecken wollte, erwies sich dies vor allem aus dem Grund als sehr schwierig, weil das totalitäre Befehlssystem jegliche Sensibilität und jeden Sinn für die Übernahme gesellschaftlicher Initiativen verwischt hatte, in denen die Mitglieder sich als wirkliches Handlungssubjekt hätten empfinden können.

Am schnellsten traten die kirchlichen Bewegungen auf den Plan, die in Polen schon früher vorhanden gewesen waren, aber im verborgenen gewirkt hatten. Von nun an konnten sie frei wirken, die Zahl ihrer Mitglieder vermehrte sich um das Zweieinhalbfache. Heute erklären bereits 4% der Polen (etwa 1 ½ Millionen) ihre Zugehörigkeit zu diesen Bewegungen. Auf dem I. Kongreß der Katholischen Bewegungen im Juni 1997 nahmen Vertreter von

138 katholischen Bewegungen und Vereinigungen teil. Heute gibt es schon über 150 dieser Bewegungen, sie dienen der geistigen Erneuerung, der Gewissensbildung und der Herausbildung des Gemeinschaftslebens, sie verweisen auf den Platz der Laien in der Kirche und in deren Evangelisierungstätigkeit, sie formen das soziale Leben auf christliche Weise. Von den Vereinigungen, die mit ihren Anfängen in die Zeit des Kommunismus zurückreichen, haben sich – nach den Transformationen - erhalten: die Katholische Vereinigung „Civitas Christiana“, die in 228 Abteilungen etwa 11. 000 Mitglieder zählt, sowie ungefähr 80 Klubs der Katholischen Intelligenz, die eine Vortragstätigkeit in größeren städtischen Zentren durchführen. Eine große Rolle, besonders bei der Herausbildung von Priester- und Ordensberufen, spielt die trotz der Verfolgungen von seiten der volkspolnischen Behörden aktive Bewegung „Swiatlo Zycie“ (Licht – Leben), die jedes Jahr bisher etwa 70.000 Jugendliche der „Oasen“ bei Einkehrtagen versammelt. Einer besonderen Unterstützung von seiten der polnischen Bischöfe erfreut sich die Katholische Aktion, die 1998 reaktiviert worden ist. Sie besteht in 35 Diözesen und vereinigt gegenwärtig etwa 35.000 Mitglieder. Zahlenmäßig ziemlich stark ist die Katholische Jugend-Vereinigung, die über 17.000 Jugendliche in 1.006 Pfarrabteilungen und 59 milieugebundenen Gruppen zählt.

Wie man an den wenigen Beispielen sieht, sind das keine Massenbewegungen, dennoch stehen sie erst am Anfang ihrer Tätigkeit und haben eine Entwicklungsperspektive.

Ein wahrer Erfolg für die Kirche in Polen war die Reaktivierung der 1950 liquidierten kirchlichen karitativen Organisation „Caritas“. Sie entstand 1990 unter dem Namen „Caritas Polska“ wieder. Die karitative Tätigkeit wurde in Polen stets betrieben, aber sie stützte sich jahrzehntelang auf Freiwillige in den Pfarreien. Durch eine glückliche Fügung der Umstände gelang es, als in den Jahren des Kriegszustandes (nach 1981) eine bedeutende Hilfe aus dem Ausland hereinzuströmen begann, in jeder Diözese eine Gruppe von Menschen für die Verteilung der eingehenden Gaben zu organisieren. Dies bildete die Grundlage für eine gut organisierte karitative Hilfe, die zum Beginn der „Caritas Polska“ wurde. Der Erfolg dieser Organisation besteht vor allem darin, daß sie sich in relativ kurzer Zeit finanziell verselbständigte und schon seit mehreren Jahren in der Lage ist, sowohl den Bedürftigen in Polen wie auch den Opfern von Kriegen und Katastrophen im Ausland zu helfen. Sie genießt Anerkennung in der Gesellschaft.

7. Für die Kirche in Polen war es nicht leicht, Zugang zum Medienmarkt zu finden. Erst einmal deshalb, weil die Zerschlagung des bisher von Staat und Partei getragenen

Monopols auf die Massenmedien ziemlich lange dauerte und juristisch kompliziert war; in den folgenden Jahren wurde es deshalb nicht klar, in welcher Weise die Katholische Kirche – ohne große Geldmittel zu besitzen – an der sprichwörtlichen „Vierten Macht“ in der III. Republik teilhaben könnte. Die Versuche, 1992 eine katholische Tageszeitung zu gründen, mißlangen. Auch versuchte man nicht, einen gesamtpolnischen katholischen Rundfunk zu schaffen, sondern entschied sich, ein gutes Dutzend lokaler, diözesan-gebundener Radiostationen entstehen zu lassen. Ins Schwarze traf der Gründer von „Radio Maryja“, der 1992 auf die Schaffung eines gesamtpolnischen Radios setzte und mit der Zeit, 1998, entscheidend zur Gründung der Tageszeitung „Nasz Dziennik“ (Unser Tagblatt) beitrug. Leider brachten diese wahrgenommenen, ansonsten berechtigten Wahlmöglichkeiten keinen großen Nutzen für die Kirche, denn die von diesen Medien eingenommene extreme politische Linie legte sich wie ein Schatten auf die sehr notwendigen Aktivitäten dieser Medien, die darauf abzielten, das Bedürfnis an Gebet, Katechese und religiöser Bildung zu befriedigen. Ein Beweis dafür sind die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Polen vor wenigen Wochen. Der von „Radio Maryja“ und der Zeitung „Nasz Dziennik“ unterstützte Präsidentschaftskandidat erhielt nur 0,8% der Wählerstimmen. Es scheint, die von diesem Präsidentschaftskandidaten und von diesen katholischen Medien lancierte Isolation Polens von Europa trug eine totale Niederlage davon. Denn wie verhalten sich die Zahlen zueinander: 6 Millionen Hörer von „Radio Maryja“ sowie die Unterstützung der Zeitung „Nasz Dziennik“ einerseits und andererseits die kompromittierend niedrige Unterstützung für den von ihnen lancierten Kandidaten?

Die Kirche gibt zwar ungefähr 3.000 Zeitschriftentitel heraus, besitzt 3% der Medien in Polen, darunter Presseerzeugnisse, Radio und in begrenztem Maße Fernsehen, aber das setzt sich nicht in Einfluß um, den katholische Medien auf die öffentliche Meinung haben. So ist also die Katholische Kirche immer noch mit der Medienfrage konfrontiert, um so mehr als – wie es scheint – die polnischen Bischöfe noch nicht auf die grundlegende Frage geantwortet haben, wie sie sich zu den modernen, demokratischen und pluralistischen Medien stellen.

8. Diese bedeutenden Veränderungen äußeren Charakters, die sich in der Katholische Kirche in Polen aufgrund der erzielten Freiheit vollzogen haben, bewirken in evidenten Weise innere Veränderungen, das heißt, sie verändern die Blickweise der Kirche auf sich selbst, auf die Gesellschaft und den Staat, die selber sehr wichtigen Transformationen unterworfen worden sind. Es gäbe zu viele Probleme, die man in Bezug auf die inneren Veränderungen in der Kirche anschneiden müßte, und deshalb

erlaube ich mir, nur auf einige – besonders wichtige und aktuelle – Beurteilungen dieser Veränderungen hinzuweisen. Mir scheint, ein besonders bedeutsames Element ist der Grad und das Ausmaß, mit denen die Katholische Kirche in Polen sich das pastorale Erbe des II. Vatikanischen Konzils angeeignet hat, was diese Kirche auf die nach 1989 entstandenen Bedingungen vorbereiten könnte. Von Anfang an war die Akzeptanz des II. Vatikanischen Konzils in Polen nicht leicht. Ein großes Hindernis war das ideologische Profil des Staates, der äußere und psychologische Hemmnisse schuf. Dazu gehörten vor allem die Zensur, die streng begrenzte Papierzuteilung, der mangelnde Zugang der Kirche zu den Massenmedien. Die Pastorsynode der Erzdiözese Krakau, die in den Jahren 1971-1979 stattfand, illustriert diese Schwierigkeiten. Während dieser Synode mußte man die Texte der Konzilsdokumente von Hand oder auf der Schreibmaschine abschreiben, denn es gab keine Möglichkeit der Vervielfältigung. Die Atmosphäre in einer Kirche, die sich im Zustand einer permanenten Belagerung befand, förderte auch nicht gerade die Tendenz, sich der Welt zu öffnen, sondern sie begünstigte diejenigen, die den status quo bewahren wollten. Neben der Persönlichkeit einzelner Bischöfe waren es wohl die Pastorsynoden der Diözesen, die den Gläubigen am meisten vom konziliaren Denken nahebrachten. Heute steht es außer Zweifel, daß die Pastorsynode der Erzdiözese Krakau auf diesem Gebiet eine bahnbrechende Rolle spielte. Sie war von Kardinal Karol Wojtyla vorbereitet und durchgeführt worden und stellte, was die Anwendung des II. Vatikanischen Konzils auf die Bedingungen einer Partikularkirche betraf, nicht nur für Polen ein Ereignis dar.

Vom Beispiel dieser Synode ließ sich die Polnische Bischofskonferenz leiten, als sie in den Jahren 1991-1999 die II. Polnische Plenarsynode durchführte. Die Arbeiten dieser Synode zeigten jedoch, daß nicht ganz Polen auf die vertieften konziliaren Reflexionen und darauf vorbereitet ist, die ganze pastorale Botschaft dieses Konzils anzunehmen. Der von der Synode gemachte Vorschlag, eine große pastorale Anstrengung zu unternehmen, wurde nicht allgemein aufgegriffen, aber die von der Synode erarbeiteten und von der Polnischen Bischofskonferenz in Gnesen am 23. April 1999 angenommenen Dokumente zeugen davon, daß die Kirche in Polen offen ist für das gesamte Erbe des Konzils. Diese Dokumente sind besonders deshalb wertvoll, weil sie die lehrmäßigen und pastoralen Errungenschaften des Konzils in bezug auf die konkrete, heute in Polen bestehende Lage zu sehen bestrebt sind.

9. Auf die Frage, wie sich die Katholische Kirche der neuen Situation stellte, die mit dem Beginn des demokratischen Staates

einsetzte, kann man antworten, indem man Schritt um Schritt das Verhalten der Kirche in bezug auf die entstandene Wirklichkeit analysiert. Hier kann man recht deutlich das allmähliche und nicht ohne Schwierigkeiten zustande kommende Hineinwachsen der Kirche in die Demokratie beobachten, was vor allem im Verhalten der Bischöfe und des polnischen Klerus gegenüber den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sichtbar wurde. Dieses Verhalten wurde von Mal zu Mal besser, wenngleich es nie an Emotionen fehlte.

Zweifellos am schwierigsten war es für die Katholische Kirche, den moralischen Pluralismus – selbstverständlich nicht als Prinzip, sondern als Faktum – zu akzeptieren. Es fällt nicht leicht, sich mit einer Lage abzufinden, in der die staatliche Gesetzgebung zur katholischen Moral im Widerspruch stehende Lösungen zulässt, während trotzdem das Bewußtsein bleibt, daß das, was das Gesetz zuläßt, den verbindlichen Charakter der moralischen Norm nicht durchkreuzt. Schwer fällt bis heute, den kulturellen Pluralismus zu akzeptieren, der eine Bedrohung der religiösen und nationalen Identität schafft; als relativ am leichtesten erwies es sich, den konfessionellen Pluralismus zu akzeptieren.

Generell gewöhnt sich die Katholische Kirche an den Pluralismus, aber es wird Zeit brauchen, bis eine neue Mentalität in diesen Dingen heranreift. Die Kirche hat in dieser Periode nie die demokratischen Wahlen in Frage gestellt, auch wenn sie nicht immer mit ihnen zufrieden war.

10. Eine besondere Bedeutung gewinnt heute das Verhältnis der Katholischen Kirche zur europäischen Integration. Es ist schwer zu sagen, ob die Meinung der Katholischen Kirche auf diesem Gebiet eine Evolution durchlaufen hat. Zweifellos hat sie sich irgendwie geformt, angefangen vom Unwissen über ein schwaches Bewußtsein bis hin zum Engagement dafür. Seit 1998 sprachen sich die polnischen Bischöfe entschieden für die Integration aus. Das bedeutete nicht, daß sie keine Vorbehalte gegenüber konkreten, von der Europäischen Union vorgeschlagenen Lösungen hätten.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß gewisse Teile der katholischen öffentlichen Meinung entschieden gegen die Integration sind, aber wichtig ist auch das Urteil, das die gesellschaftliche Meinung in den Präsidentschaftswahlen über eine solche Option gefällt hat. Hier sind die Ergebnisse von Meinungsumfragen heranzuziehen, die in Polen Ende 1997, Anfang 1998 in bezug auf Geistliche durchgeführt worden sind. Sie unterstützten zu 84% den Beitritt Polens zur Europäischen Union. Im Laufe der letzten Monate verändern sich diese Daten in

der polnischen Bevölkerung, und zwar eher zum Schlechteren hin, dennoch ist der Prozentsatz der Anhänger einer Integration weiterhin hoch. Für Polen gibt es ganz einfach keine Alternative, denn es wäre keine reale Lösung, Polen in Isolation von den europäischen Strukturen zu belassen.

Ich bin mir bewußt, daß das von mir dargebotene Bild der Katholischen Kirche in Polen im Prozeß der postkommunistischen Transformationen nicht vollständig ist, aber dies würde eine ansehnliche Abhandlung erforderlich machen. Ich vertraue darauf, daß die von mir dargelegten Probleme eine ausreichende Plattform für die Diskussion über den Prozeß der Veränderungen in der Kirche in Polen darstellen – einen Prozeß, der vielleicht leicht zu beschreiben, aber sehr schwer zu bewerten und zu prognostizieren ist.

Aus dem Polnischen übersetzt von Wolfgang Grycz.